Auch für die Berufsschulen gilt die Schulpflicht

In einen Schreiben an die Ausbildungspartner erinnerte das Bildungsministerium des Landes Anfang Oktober an die Schulpflicht für Berufsschulen. Seit Beginn des Ausbildungsjahres hätten das Ministerium wiederholt Berichte erreicht, nach denen Ausbildungsbetriebe ihre Lehrlinge aus Angst vor einer Covid-19-Infektion nicht in die Berufsschule schicken. Das sei so nicht zulässig.

Das Land wäge sorgfältig zwischen Gesundheitsschutz und Berufsschulpflicht ab. Gegenwärtig gebe es in Rheinland-Pfalz grundsätzlich drei mögliche Szenarien, wie die Beschulung unter Einhaltung der Hygienekonzepte durchgeführt werden könne: als Präsenzunterricht, als Fernunterricht und als Mischform. Sollte eine Beschulung in der Präsenzform nicht möglich sein, ist vorgesehen, dass sich Schule und Schulaufsicht über eine abweichende Regelung abstimmen. Der Schulaufsicht stünden täglich aktualisierte Daten als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung, so das Schreiben.

Allerdings: „Individuelle Gefährdungseinschätzungen Einzelner oder von Unternehmen können von der Schule nicht als ‚wichtige Gründe' für die Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern anerkannt werden", so das Bildungsministerium. Ein Fernbleiben vom Berufsschulunterricht ohne vorhergehenden Antrag auf Beurlaubung durch den Ausbildungsbetrieb und die Genehmigung der Schulleitung laufe sowohl der Schulpflicht laut rheinland-pfälzischem Schulgesetz als auch dem Berufsbildungsgesetz zuwider und werde als unentschuldigte Fehlzeiten gewertet.

Die Corona-Pandemie sei „eine anspruchsvolle Zeit". Das Bildungsministerium bitte daher die Ausbildungsbetriebe, den gesetzlichen Anspruch der Lehrlinge auf den Berufsschulunterricht nicht aus dem Blick zu verlieren. **AS**

10 Millionen mehr für Innovationsfonds

Die Landesregierung stockt den Innovationsfonds Rheinland-Pfalz II um 10 Millionen Euro auf. Das hat Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing Anfang Oktober mitgeteilt. Damit werden die Mittel zur Wagniskapitalfinanzierung für technologieorientierte Start-ups und die Entwicklung ihrer Geschäftsmodelle erhöht. Das stärke Rheinland-Pfalz als Gründungs- und Innovationsstandort. Die Aufstockung des Innovationsfonds II ergebe sich aus der guten Inanspruchnahme dieses Förderinstruments. Seit der Fonds 2017 gestartet ist, konnten in Rheinland-Pfalz bislang 68 Gründungsunternehmen mit rund 26,6 Millionen Euro Wagniskapital unterstützt werden. Mit der nunmehr erfolgten Aufstockung des Fondsvolumens um 10 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro bekenne sich die Landesregierung zum Innovations- und Gründungsstandort.

Handwerk leidet unter kommunalen Schulden

POLITIK: Keine Lösung für Altschuldenproblematik in Sicht – Oberzentren sehen Land und Bund in der Pflicht – Elf der am höchsten verschuldeten Kommunen liegen in Rheinland-Pfalz

VON **ANDREAS SCHRÖDER**

Die hohe Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen ist kein neues Problem. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise gewinnt die prekäre Finanzsituation der Städte und vieler Kreise im Land aber eine neue Qualität und eine strukturelle Lösung des Altschuldenproblems lässt weiter auf sich warten, wie die Oberbürgermeister der fünf Oberzentren Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier Anfang Oktober in einer gemeinsamen Resolution betonten. Das muss auch dem Handwerk Sorgen bereiten, wie Michael Wafzig, Arbeitgebervizepräsident der Handwerkskammer der Pfalz, bestätigt. In gleich mehreren Kommunen im Kammerbezirk Pfalz ist die Schuldenlast besonders erdrückend.

Im Jahr 2018 lagen beeindruckende elf der 20 höchst verschuldeten Kommunen der Bundesrepublik in Rheinland-Pfalz, wie der SWR vor einigen Wochen unter Berufung auf eine Auswertung offizieller Zahlen durch die Bertelsmann Stiftung berichtete. Pirmasens liegt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 8.000 Euro weiterhin auf Platz 1, Kaiserslautern auf Platz 3. Weitere Pfälzer Kommunen in den Top 20 sind Zweibrücken, Ludwigshafen und Frankenthal. Bei den Landkreisen liegt Kusel bundesweit auf Platz eins. Die hohe Verschuldung der Kommunen ist aber keineswegs nur ein Problem in der Pfalz. Auch Mainz, Trier und Worms zählen zu den meistverschuldeten Städten deutschlandweit.

Die Corona-Krise und der mit ihr verbundene Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen verschärfen das Problem. Die Oberbürgermeister der fünf Oberzentren begrüßten in ihrer Resolution zwar die bisher auf Landes- und Bundesebene getroffenen Maßnahmen, um diese Effekt abzufedern – die Landesregierung hatte am gleichen Tag, an dem die fünf Oberbürgermeister ihre Resolution beschlossen hatten, einen Gesetzentwurf zur finanziellen Unterstützung der Kommunen in den Landtag eingebracht – eine Lösung des Altschuldenproblems bleibe aber weiter offen. Zur „dauerhaften Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge" sei eine „strukturelle und nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung", die auch eine Lösung der Altschuldenproblematik beinhalte, „zwingend erforderlich", so die fünf Oberbürgermeister. Bund und Land könnten sich ihrer Mitverantwortung hier nicht entziehen.

Auch Handwerkskammervizepräsident Wafzig sieht das ähnlich. Die Chancen stünden schlecht, „dass die betroffenen Gemeinden ohne Hilfestellung des Landes ihre finanzielle Situation verbessern können. Wir brauchen aber starke Kommunen ohne Altlasten, die sich neu aufstellen und so die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Und dazu braucht es eine solidarische bund- oder länderfinanzierte Hilfe, eingebettet in ein stimmiges Entschuldungsprogramm".

Foto: Otto Durst/stock.adobe.com

Das Rathaus in Kaiserslautern: Das Oberzentrum in der Pfalz belegt den dritten Platz in der Liste der am höchsten verschuldeten Städte

Die hohe Verschuldung der Kommunen in der Pfalz und im Land treffe das Handwerk gleich mehrfach, wie Wafzig erklärte. „Das Handwerk profitiert hierzulande genauso wie in anderen Bundesländern sehr wohl von der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand. Straßenbau oder Bau und Instandhaltung von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen sind nur einige Beispiele für den Einsatz von Handwerksunternehmen in Kommunen. Ist eine Gemeinde hoch verschuldet, haben die Verantwortlichen in den Gremien kaum Handlungsspielraum, um Aufträge an die ansässigen Handwerksbetriebe zu vergeben." Aber auch bei der Fachkräfteproblematik spiele die finanzielle Ausstattung der Kommunen eine Rolle, denn eine verschuldete Gemeinde sei „nicht unbedingt die erste Wahl" für die Ansiedlung von Arbeitnehmern, so Wafzig. „Junge Familien legen Wert auf ein ansprechendes kulturelles Angebot, eine moderne Infrastruktur mit Schulen und Kitas sowie auf eine gute Verkehrsanbindung." Das Verkehrswegenetz und ein gut ausgebauter ÖPNV seien ebenso für das Handwerk wichtige Standortfaktoren wie die Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen. Auch der Breitbandausbau und die Entwicklung von Gewerbegebieten könnten ohne Geld nicht vorangetrieben werden, erinnerte Wafzig.

Schmitt sieht RLP bei Nachhaltigkeit auf gutem Weg

Nachhaltigkeit beinhalte nicht nur einen schonenden Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen, „sondern ebenso eine positive Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft durch gute Bildung, Forschung und am Arbeitsmarkt", sagte Daniela Schmitt, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, anlässlich der Vorlage der Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz 2019 und des Indikatorenberichts, die Anfang Oktober vom rheinland-pfälzischen Kabinett gebilligt wurden.

Die Nachhaltigkeitsstrategie beleuchtet die sechs übergeordneten Nachhaltigkeitsziele in Rheinland-Pfalz mit deren Unterzielen. Wettersymbole zeigen an, wie nah oder fern die Erreichbarkeit eines jeden Zieles ist. „Wir sind bei vielen einzelnen Zielen – etwa Klimaschutz, ökologischer Landbau, Flächenverbrauch, aber auch Armutsgefährdung, Bildung oder Ausgaben für Forschung und Entwicklung, auf dem richtigen Weg", sagte Schmitt. In einigen Bereichen bleibe die Entwicklung aber noch hinter den Erwartungen zurück, etwa beim Ziel der Klimaneutralität bis 2050, aber auch bei der Luftreinhaltung oder der Energieproduktivität.

„Nachhaltigkeit bezieht sich auf die gesamte Gesellschaft", sagte die Staatssekretärin. Mit den „Hidden Sustainability Champions" versuche das Wirtschaftsministerium, kleine und mittlere Unternehmen sichtbar zu machen, die sich für nachhaltiges Wirtschaften einsetzen. Die komplette Liste gibt es im Internet unter nachhaltig-wirtschaften.rlp.de.

Die wichtigste Neuerung der Fortschreibung 2019 sei „der klare Bezug zur Gemeinsamen Erklärung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder vom 6. Juni 2019". Die dort zwischen Bund und Länder vereinbarten sechs Prinzipien nachhaltiger Entwicklung seien als Strukturierungselement für die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie angewendet worden. **AS/MWVLW**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

vh-buchshop.de fürs Handwerk